

100 Tage Lafontaine

im Amt des SPD-Vorsitzenden

● Eine Dokumentation

Inhalt:

- | | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| 1. Der Putsch:
Lafontaines Intrige gegen Rudolf Scharping | S. 2 |
| 2. Bocksprünge und Bauchlandungen:
Lafontaines mißglückte Einlassungen zur Bundespolitik | S. 5 |
| 3. Rote Laterne:
Lafontaines traurige Bilanz im Saarland | S. 11 |
| 4. Die Spielernatur:
Meinungen über Oskar Lafontaine | S. 12 |
| 5. „Honeckers Enkel“:
Lafontaine und die deutsche Einheit | S. 15 |
| 6. Handschlag:
Lafontaine und die PDS | S. 17 |

1. Der Putsch: Lafontaines Intrige gegen Rudolf Scharping

Der Vorgang war ohne Beispiel: Auf dem SPD-Parteitag in Mannheim (14. bis 17. 11. 1995) hatten die Delegierten erstmals in der Geschichte der Partei einen amtierenden Vorsitzenden abgewählt. Noch wenige Wochen zuvor war Rudolf Scharping im Bundesvorstand der SPD einmütig für eine Wiederwahl nominiert worden. Doch auf dem Parteitag hatte das Votum des Parteivorstandes keine Bedeutung mehr. Flugs wurde die Satzung geändert, um die Abwahl von Rudolf Scharping ins Werk setzen zu können.

Monatelang hatte vor dem Novemberparteitag in der SPD eine Personaldebatte getobt, in deren Folge nicht nur die Zerstrittenheit der SPD-Führung zum Ausdruck kam – vor allem wurde auch die inhaltliche Orientierungslosigkeit der Sozialdemokraten deutlich. Die Krise der SPD spiegelte sich in den Umfrageergebnissen wider: Seit der Bundestagswahl im Oktober 1994 war die SPD von 36,4 Prozent auf 29,5 Prozent (infas, 2. 11. 1995) Anfang November 1995 abgesackt.

Die Abwahl Rudolf Scharpings war vor diesem Hintergrund eine von Emotionen und Panik bestimmte Entscheidung der Delegierten. Nur wenige wußten damals, was wenig später offenkundig wurde: Herbeigeführt worden war die Situation durch eine geschickte Inszenierung. Oskar Lafontaine hatte den Putsch gegen Rudolf Scharping sorgsam eingefädelt. Daran wird heute weder in der SPD noch in der Öffentlichkeit ernsthaft gezweifelt.

In der Bewertung von Lafontaines Verhalten sind sich die Kommentatoren einig. Am 16. November 1995 schrieb die Westdeutsche Allgemeine:

„Oskar Lafontaine hatte lange geschwiegen. Er hatte über Monate kommentarlos den Streit zwischen Schröder und Scharping verfolgt. (...) Der Saarländer lag im Grunde immer auf der Lauer. Er wartete nur auf die Fehler Scharpings, der naiv genug war anzunehmen, Lafontaine erkenne seinen Führungsanspruch an. Weit gefehlt. Lafontaine ist egoistisch genug, vor allem seine Interessen zu sehen und nur diese zu vertreten. Loyalität, das war noch nie seine Stärke.“

Die Kölnische Rundschau (17. 11. 1995) resümierte die Wahl Lafontaines mit den Worten: *„Lafontaine wird die SPD nach links führen – Putsch in Mannheim.“* Von langer Hand sei der Putsch vorbereitet gewesen, so die

Zeitung weiter. Eine Sample-Umfrage vom 16./17. 11.1995 ergab, daß 72 Prozent aller Befragten der Meinung waren, die Kandidatur Lafontaines gegen Scharping sei länger vorbereitet gewesen. (Focus, 20. 11. 1995) In der SPD selbst mehrten sich die Stimmen, die Lafontaine des „**Brudermordes**“ bezichtigten. (Focus, 20. 11. 1995)

Bereits auf dem Mannheimer Parteitag herrschte bei vielen Delegierten Trauer, Bestürzung oder gar Wut über die Art und Weise der Abwahl Scharpings. „**Über die Umstände, wie es dazu kam, bin ich allerdings bedrückt**“, bemerkte zum Beispiel der rheinland-pfälzische Landtagspräsident Grimm. (Die Rheinpfalz, 17. 11. 1995) Auch der frühere SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel machte aus seiner Enttäuschung keinen Hehl: „**Wir können nicht erst Rudolf Scharping einstimmig zum alleinigen Kandidaten nominieren, um dann einfach die Satzung zu ändern.**“ (Die Rheinpfalz, 17.11.1995) Selbst bei vielen derjenigen, die sich zur Wahl Lafontaines hatten hinreißen lassen, kam nach dem Rausch Betroffenheit auf.

In diesem Zusammenhang ist auch die Absage des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt bezeichnend. Schmidt, der noch am Morgen als Redner angekündigt war, sagte offenbar aus Verärgerung über die Wahl Oskar Lafontaines seine Teilnahme kurzfristig ab:

„Schmidt sollte am Nachmittag vor den Delegierten reden. Wie aus seiner Umgebung verlautete, entschloß er sich zu diesem Schritt [der Absage seines Auftritts], nachdem er im Autoradio von der Wahl Lafontaines erfahren hatte.“ (General-Anzeiger, Bonn, 17. 11. 1995)

Nicht gerade sehr überzeugend klingen Lafontaines Antworten auf die Frage nach seiner Integrationskraft im „Spiegel“-Interview (20.11.1995): „**In den letzten Jahren war es auch meine Aufgabe innerhalb der SPD-Führung, zum Zusammenhalt beizutragen.**“ Viele in der SPD bewerten das ganz anders. Das zeigt beispielhaft eine Episode vom Mannheimer Parteitag. Als Lafontaine dazu aufrief, ihn zu unterstützen und mit den Worten darum warb: „**Ich weiß, daß ich darauf angewiesen bin, daß mich alle hier vorn unterstützen, und ich weiß, daß ich darauf angewiesen bin, daß Rudolf Scharping mit mir so zusammenarbeitet, wie ich versucht habe, in den letzten Jahren mit ihm zusammenzuarbeiten**“, klang ihm Hohngelächter der SPD-Delegierten entgegen.

Als „**menschlich schäbig**“ bezeichnete Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl die Art und Weise, wie Rudolf Scharping gestürzt wurde. Er dürfte damit vielen

in der SPD aus dem Herzen gesprochen haben. Der Putsch Lafontaines hat in der SPD Wunden gerissen, die noch lange nicht verheilen werden.

Die Verlierer von Mannheim

Nach dem Mannheimer Parteitag ist die Führungsriege der SPD geschwächt.

Neben dem gestürzten Parteivorsitzenden **Rudolf Scharping** zählt vor allem der stellvertretende Parteivorsitzende **Johannes Rau** zu den Verlierern von Mannheim. Raus Stellung innerhalb der SPD kommentierte „Focus“ (20. 11. 1995) im Anschluß an den Parteitag: *„Nach dem Mannheimer Parteitag kehrt der SPD-Übervater Rau beschädigt nach Düsseldorf zurück.“* Und weiter: *„Da spürte der SPD-Patriarch sein eigenes politisches Ende näher rücken. Oskar Lafontaines lustvolle Demontage seines [Raus] Zöglings Rudolf Scharping traf auch Vize Johannes Rau. Mitten ins Herz.“* (Focus, 20.11.1995) Ins gleiche Horn stieß die „Süddeutsche Zeitung“ am 18. 11. 1995 mit der Schlagzeile *„«Übervater» verliert den Überblick – Die Lage völlig falsch eingeschätzt“*. Der Bericht über Rau endete mit der Einschätzung:

„Wer Rau (...) auf dem Parteitag gesehen hat, wird den Eindruck nicht los, als werde er noch lange an den Umständen des Dramas von Mannheim leiden. Daß 80 Prozent der Delegierten kurzerhand die Satzung änderten, um den einstimmig vom Parteivorstand vorgeschlagenen Parteichef abzuwählen – das hätte Rau in seiner SPD niemals für möglich gehalten.“

Deutliches Zeichen für den Machtverlust des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten und SPD-Landesvorsitzenden ist auch sein schlechtes Abschneiden bei der Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden. Rau landete diesmal mit nur 78,7 Prozent im Mittelfeld bei der Wahl der fünf Stellvertreter. 1993 hatte er noch 97,5 Prozent der Stimmen auf sich vereint.

Auch der niedersächsische Ministerpräsident **Gerhard Schröder** ist nach Mannheim schwer angeschlagen. Bei den Beisitzerwahlen wurde er, obwohl Lafontaine zuvor die Delegierten ausdrücklich zur Wahl Schröders aufgefordert hatte, erst im zweiten Wahlgang gewählt. Schröder wurde für seine Monate andauernde Demontage der Autorität Scharpings und für seine parteipolitischen Alleingänge von den Parteitagsdelegierten „abgestraft“. Laut

„Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 17. 11. 1995 ist Schröder **„der große Verlierer von Mannheim“**.

Zu den Verlierern des Mannheimer Parteitages zählen schließlich die Mitglieder der SPD. Noch im Juni 1993 hatten sie mittels einer Mitgliederbefragung Rudolf Scharping an die Spitze der Partei gewählt. Zwei Jahre später gingen Parteispitze und Parteitagsdelegierte über das Votum der SPD-Mitgliedschaft kurzerhand hinweg. Das Votum der Basis hatte keine Gültigkeit mehr.

2. Bocksprünge und Bauchlandungen: Lafontaines mißglückte Einlassungen zur Bundespolitik

Mit der Wahl des Saarländers scheinen sich zwar die Personalquerelen in der SPD-Führungsriege – zumindest vorläufig – beruhigt zu haben, im Gegenzug jedoch sind neue inhaltliche Kontroversen in der SPD entstanden. Wann immer Lafontaine sich zu bundespolitischen Themen äußerte, verunsicherte er vor allem die eigene Partei. Sein politischer Kurs verläuft im Zickzack, ist unberechenbar. Das einzig Beständige daran ist die Unbeständigkeit.

Das ist um so fataler, als sich Teile der SPD unter Führung von Rudolf Scharping darum bemüht hatten, die Partei in zentralen Fragen der deutschen Politik den Realitäten anzunähern. Dieser Versuch wird durch Lafontaines politische Bocksprünge zunichte gemacht.

Wo außenpolitisches Verantwortungsbewußtsein gefordert ist, bietet Lafontaine isolationistisch-pazifistische Botschaften an. Wo es in der Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik um neue Weichenstellungen im Blick auf das 21. Jahrhundert geht, propagiert Lafontaine die gescheiterten Rezepte der siebziger Jahre. Wo – zum Beispiel in der Europapolitik – Stetigkeit und Überzeugungskraft gefragt sind, agitiert Lafontaine als dummer Populist.

Was immer zur Diskussion steht, Lafontaine geht als Geisterfahrer auf Gegenkurs zu den Erfordernissen der politischen Realität.

Oskar Lafontaine hat damit vor allem eines erreicht: In wichtigen Fragen der deutschen Politik spaltet er die SPD. Ob zur Europapolitik, zu Wirtschaftsfragen oder zur Außenpolitik – stets hat sich Oskar Lafontaine mit seinen Äußerungen den entschiedenen Widerspruch führender SPD-Politiker zugezogen.

Unter dem „Napoleon von der Saar“ ist das inhaltliche Profil der SPD unklarer und wechselhafter denn je. Auf dem Weg ins 21. Jahrhundert hat die Lafontaine-SPD keinen klaren Kurs, geschweige denn ein schlüssiges Konzept.

Beispiel Währungsunion

Schon wenige Wochen nach dem Mannheimer Parteitag war der neue SPD-Vorsitzende darum bemüht, seiner Partei eine europapolitische Kehrtwende zu verordnen; zum Entsetzen der SPD-Europapolitiker plädierte er für eine Verschiebung der Wirtschafts- und Währungsunion.

„Ehe es dazu kommt, daß die Währungsunion zum Sprengstoff für die Europäische Einigung wird, wäre es besser, die Zeitpläne des Maastrichter Vertrages zu korrigieren.“
(Presseservice der SPD, 12. 12. 1995)

Nur einen Tag später stellte Altbundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) hierzu unmißverständlich klar:

„Wir haben nur einen einzigen Schuß zur Schaffung der Einheitswährung, und der darf nicht fehlgehen ... Die Sache wird später nie wieder erfolgreich in Gang gesetzt werden können.“
(Hannoversche Allgemeine, 13. 12. 1995)

SPD-Europapolitiker wie Klaus Hänsch (SPD), Präsident des Europaparlamentes, unterstrichen die Zustimmung der SPD zum Maastrichter Vertrag. Hänsch antwortete auf die Frage, ob Deutschland an der Währungsunion teilnehmen werde:

„Diese Frage ist entschieden. Herr Scharping und Herr Schröder haben im Bundesrat dem Maastricht-Vertrag und damit der Währungsunion zugestimmt. Auch Herr Lafontaine.“
(Frankfurter Allgemeine, 5. 11. 1995)

Lafontaines überraschende Wendung hat dazu geführt, daß in der SPD niemand mehr genau weiß, ob die Partei nun für oder gegen die europäische Währungsunion ist. Während die Europapolitiker der SPD verzweifelt versuchen, den Schaden im Ausland in Grenzen zu halten und Zweifel an der europapolitischen Verlässlichkeit der SPD zu zerstreuen, nehmen SPD-Wahlkämpfer den Hakensschlag ihres Vorsitzenden zum Anlaß, massiv Front gegen den Maastrichter Vertrag zu machen. In Baden-Württemberg mußte nach heftigen Protesten der Europapolitiker ein Plakat der SPD für den

Landtagswahlkampf zurückgezogen werden, auf dem gefordert wurde:
„1999 kein Euro“. (Stuttgarter Zeitung, 5. 2. 1996)

In welch trüben Gewässern die SPD mit solchen Parolen fischt, macht eine Bemerkung des Fraktionsvorsitzenden der rechtsradikalen „Republikaner“ in Baden-Württemberg, Schlierer, deutlich: **„Ich hatte schon befürchtet, Maurer und Spöri wollten uns europapolitisch rechts überholen.“** (Stuttgarter Zeitung, 5. 2. 1996) Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Deutschen Bundestag, Günter Verheugen, warnt seine Partei denn auch besorgt von einem **„plumpen D-Mark-Nationalismus“** (Bonner General-Anzeiger, 9. 2. 1996)

Beispiel Staatsverschuldung

Auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht ist der neue SPD-Vorsitzende dabei, den Anspruch der SPD auf Wirtschaftskompetenz nach Kräften zu zerschlagen: Gemeinsam mit seinem niedersächsischen Kollegen und innerparteilichen Konkurrenten Gerhard Schröder hat Oskar Lafontaine für eine Erhöhung der Neuverschuldung plädiert, um Beschäftigungsprogramme zu finanzieren – ein Konzept, das bereits in den siebziger Jahren gescheitert ist und seither bei allen Experten als untauglich, sogar schädlich gilt. Lafontaine und Schröder war das offenkundig gleich, sie wärmten sogar die Schmidt-sche Wahlkampfparole „Lieber 5% mehr Inflation als 5% mehr Arbeitslosigkeit“ aus den siebziger Jahren wieder auf.

„Beide SPD-Politiker [Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder] befürworteten es, 1996 notfalls die Neuverschuldung steigen zu lassen. Lafontaine sagte, statt allein auf Geldwertstabilität zu setzen, müsse mehr für die Beschäftigung getan werden. Dafür sei auch ‚eine gewisse Neuverschuldung‘ in Kauf zu nehmen.“
 (Hannoversche Allgemeine, 13. 12. 1995)

Kurz und bündig hat die SPD-Finanzpolitikerin Ingrid Matthäus-Maier dies als abwegig zurückgewiesen. Im Deutschen Bundestag stellte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende fest:

„Ein schuldenfinanziertes Konjunkturprogramm wäre nur Strohfeuer. Folge wären höhere Zinsen und langfristig ein noch größerer Zwang zu Einsparungen.“ (Bild, 14. 12. 1995)

Mit ihren Forderungen stellen sich Lafontaine und Schröder auch in Widerspruch zu jüngsten Parteitagbeschlüssen der SPD. Auf dem Putschpartei-

tag in Mannheim hatte sich die SPD in ihrem Beschluß zur Wirtschaftspolitik – spät genug – zu der richtigen und wichtigen Erkenntnis durchgerungen: **„Notwendig ist eine strikte Begrenzung der Ausgaben und der Nettokreditaufnahme.“** An anderer Stelle heißt es im Text:

„Mit einer konsequenten Sparpolitik muß für Bürger und Wirtschaft, für Kapitalmärkte und Bundesbank eine verlässliche Konsolidierungsperspektive geschaffen werden. Denn solide Staatsfinanzen sind eine Voraussetzung für niedrige Zinsen und damit für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung.“

Lafontaine hatte in Mannheim mit für diesen Beschluß gestimmt – und damit auch für jene Passage, die genau das ad absurdum führt, was Lafontaine wenig später in seiner ersten Pressekonferenz fordern sollte. So schnell springt wahrscheinlich nur Lafontaine in Irrtümer zurück, von denen seine Partei gerade geglaubt hatte, sie habe sie überwunden.

Beispiel Wirtschaftskonzept

Lafontaines wirtschaftspolitische Vorstellungen rufen nicht nur bei den Experten und bei anderen SPD-Politikern Widerspruch hervor, der SPD-Vorsitzende widerspricht sich auch selbst: Hatte Lafontaine eben noch einer höheren Staatsverschuldung das Wort geredet, stimmte er kurz darauf dem Spar- und Modernisierungsprogramm der Bundesregierung, ja dem gesamten Konzept der CDU zu:

Frage: „Im Aktionsprogramm der CDU sind vier Punkte beschlossen worden: Kostenentlastung der Arbeit, wachstumsstärkende Steuerpolitik, Subventionsabbau, Maßnahmen zur Förderung von Existenzgründungen. Das könnten Sie doch alles auch unterschreiben?“

Lafontaine: „Das können wir alles unterschreiben.“
(DLF, 15. 1. 1996)

Bleibt die Frage: Warum wehrt sich Lafontaine dann so vehement gegen die Politik von CDU und Bundesregierung? Schmolzt er, weil sich Bundesregierung, Gewerkschaften und Wirtschaft auf ein „Bündnis für Arbeit und zur Standortsicherung“ geeinigt haben? Oder geht es ihm eher darum, die Tatsache zu verdecken, daß die CDU-geführte Bundesregierung über ein Konzept verfügt, die SPD dagegen nicht?

Mit seinem Versuch, durch die Vorstellung eines „10-Punkte-Planes“ ein wirtschaftspolitisches Konzept vorzugaukeln, erlebte Lafontaine jedenfalls eine schlimme Bauchlandung. Allein vier der zehn Punkte konzentrierten sich bereits in der Überschrift auf die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, mehr Freizeitausgleich und höherer Lebensqualität. Die Menschen in Deutschland brauchen aber nicht mehr Freizeit, sondern mehr Arbeit. Lafontaines Forderungen nach Verkürzung und Umverteilung von Arbeitszeit sind alles andere als ein Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft – und gerade darauf kommt es vor allem an.

Die übrigen Forderungen enthielten vor allem alte Leerformeln und neue Widersprüche:

- Wie läßt sich zum Beispiel vereinbaren, daß Lafontaine eine Stärkung der Ausbildung fordert, zugleich aber mit überzogenen Forderungen im Bundesrat das Meister-BAföG an die Wand fahren läßt?
- Wie reimt es sich zusammen, wenn Lafontaine von einer Mittelstandsoffensive spricht, konkrete Vorhaben wie die Abschaffung der Gewerbesteuer und die mittelstandsfreundliche Senkung der Gewerbeertragssteuer jedoch blockiert?

Fragen über Fragen. Entsprechend verwundert reagierte die Presse. Die „Westdeutsche Allgemeine“ traf die Meinung der meisten Beobachter, als sie im Rückblick das Auftreten Lafontaines kommentierte:

**„Von Führung ist wenig zu spüren, eine Linie nicht in Sicht. Mal gibt er ein Interview, mal setzt er eine Pressekonferenz in den Sand.
Stichwort: Verschuldung.“ (Westdeutsche Allgemeine, 26. 1. 1996)**

Beispiel Außenpolitik

Außen- und sicherheitspolitische Störmanöver scheinen das besondere Steckenpferd des Saarländers zu sein. Oskar Lafontaine hat nie einen Hehl daraus gemacht, daß er in wesentlichen Fragen der deutschen Außenpolitik nicht mit den sicherheitspolitischen Experten seiner Partei übereinstimmt, sondern eher im alternativ-pazifistischen Denken der siebziger und achtziger Jahre verstrickt bleibt.

Sowohl vor als auch nach seiner Wahl zum SPD-Vorsitzenden tat er sich dadurch hervor, für Deutschland eine internationale Sonderrolle zu reklamie-

ren und beispielsweise für UNO- und NATO-Einsätze in Bosnien-Herzegowina die Unterstützung durch deutsche ECR-Tornados zu verweigern.

Oskar Lafontaine

„Deutschland muß seine internationale Verantwortung weder durch einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat noch durch ein JA zu Kampfeinsätzen der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes beweisen.“
(Presse-service der SPD, 2. 2. 1995)

Kategorisch gab Lafontaine Prophezeiungen kund, die wenig später von den Tatsachen widerlegt wurden:

„Die Diskussion über Tornado-Kampfeinsätze ist ohne Grundlage. Denn das von vielen verlangte UNO-Mandat zum Bombardieren – wer soll eigentlich bombardiert werden? – wird nicht kommen ...“
(Spiegel, 20. 3. 1995)

Mittlerweile steht fest: Erst die militärischen Einsätze gegen die Pale-Serben haben der Chance auf Frieden in Bosnien-Herzegowina die Tür geöffnet. Und wenn Deutschland die Unterstützung durch ECR-Tornados verweigert hätte, wäre das Vertrauen in unsere außenpolitische Verlässlichkeit bei unseren Freunden und Partnern schwer erschüttert worden. Mit anderen Worten: Hätte sich Deutschland verhalten, wie es Lafontaine gefordert hat, wäre für unser Land international erheblicher Schaden entstanden.

Lafontaines Plädoyer für eine deutsche Verweigerungshaltung gegenüber internationalen Verpflichtungen ist auch in der SPD nicht unwidersprochen geblieben. Führende SPD-Bundestagsabgeordnete haben sich im Gegenteil für eine verantwortungsvolle Außenpolitik und damit für die Linie der Bundesregierung ausgesprochen:

Norbert Gansel MdB:

„Aber wenn es nicht vermeidbar ist, wenn wir uns notwendigerweise beteiligen müssen aus Gründen der Solidarität mit den Blauhelmen, die ja auch auf unseren Wunsch, auf unseren Willen hin entsandt worden sind, dann, meine ich, werden wir die Hilfe geben müssen, die militärisch notwendig ist, die politisch verantwortbar ist, und dann soll man jetzt keine Diskussion führen über einzelne Bundeswehreinheiten oder einzelne Waffensysteme.“
(WDR, Morgenecho, 6. 6. 1995)

Der frühere SPD-Fraktionsvorsitzende und heutige Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Hans-Ulrich Klose, plädierte im Widerspruch zu Lafontaine dafür, „**im Rahmen des Pflichtenkatalogs der UN und der NATO mehr Verantwortung zu übernehmen und sich notfalls auch militärisch zu engagieren – trotz schwieriger Geschichte**“.

(ddp, 6. 9. 1995)

3. Rote Laterne:

Lafontaines traurige Bilanz im Saarland

Lafontaines bundespolitische Einlassungen – besonders seine Äußerungen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik – sind um so bemerkenswerter, wenn man sich die verheerende „Heimbilanz“ des saarländischen Ministerpräsidenten betrachtet. Hier schickt sich jemand an, in der Bundespolitik Ansprüche und Forderungen zu erheben, der in seinem eigenen Verantwortungsbereich einen Scherbenhaufen angerichtet hat.

- Die Lafontaine-Politik hat den Haushalt des Saarlandes völlig zerrüttet. Bereits 1992 konstatierte das Bundesverfassungsgericht für das Saarland eine „extreme Haushaltsnotlage“ (Urteil vom 27. 5. 1992).
- Durch Sonderergänzungszuweisungen des Bundes ist jetzt wenigstens eine Teilentschuldung erreichbar. Aber noch immer hat das Saarland die mit weitem Abstand höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Flächenländer. Schuldenstand zum Jahresende 1994: 12.849 DM pro Kopf.
- Das Wirtschaftswachstum ist in allen Jahren, in denen Lafontaine im Saarland regiert, hinter dem Bundesdurchschnitt zurückgeblieben.
- Das Saarland wies 1995 wieder die höchste Arbeitslosenquote aller westlichen Flächenländer auf: Mit 11,7 % im Jahresdurchschnitt lag das Saarland in einem negativen Sinn an der Spitze. Zum Vergleich: Bayern mit 7,0 %.
- Das Beschäftigungsdefizit des Saarlandes ist immens. Hätte sich das Saarland unter der Verantwortung Lafontaines so entwickelt wie im Bundesdurchschnitt, hätten in diesem Land 40.000 Arbeitsplätze mehr entstehen müssen, als tatsächlich entstanden sind.
- Das Saarland weist darüber hinaus eine weit unterdurchschnittliche Frauenerwerbsquote auf.

- Schlußlicht unter den westlichen Flächenländern ist das Saarland auch, wenn es um die Investitionsquote des Haushaltes geht: Sie liegt im Saarland derzeit bei 10,0 %. Zum Vergleich: In Bayern ist sie etwa doppelt so hoch: 19,3 %. 1985 lag die Investitionsquote des Saarlandes unter CDU-Verantwortung noch bei 15,4 %.
- Bei einem Vergleich der Standortqualität europäischer Regionen hat das Saarland unter 150 Regionen den 130. Platz belegt. Dies erklärt, warum nach einer Umfrage der IHK Saarland vom Oktober 1993 rund 30 % der Unternehmen an eine Produktionsverlagerung denken.

Das „Handelsblatt“ veröffentlichte unter der Schlagzeile **„Lafontaines Bilanz ist keine Referenz für Bonn“** am 21. 11. 1995 eine vernichtende Gesamtkritik der Wirtschaftspolitik im Saarland: **„Die Industrie- und Handelskammer des Saarlandes hat festgestellt: Das Land ist wachstumsschwach und verliert immer mehr den Anschluß an die Entwicklung im übrigen Bundesgebiet, weil es in konjunkturellen Aufschwungzeiten nur zwei Drittel des bundesweiten Wachstums vorzuweisen hat und in Abschwungphasen stärker absackt. (...) Hauptkritikpunkt an der Regierungspolitik ist indes der Mangel an wirtschaftspolitischen Zukunftsvorstellungen. Konzeptionen oder Leitlinien der Wirtschaftspolitik sind nicht bekannt.“**

Ganz gleich, ob man sich im Reigen der westdeutschen Flächenländer die Zahlen zur Pro-Kopf-Verschuldung, zur Arbeitslosigkeit oder zur Investitionsquote ansieht: Immer ist Lafontaine der Träger der roten Laterne. Er ist in der Landespolitik gescheitert.

4. Die Spielernatur: Meinungen über Oskar Lafontaine

Nicht weniger gravierend als Lafontaines politisches Versagen im Saarland sind die Charaktermängel, die ihm allenthalben attestiert werden – auch in der SPD. Selten waren sich die politischen Kommentatoren, die politischen Gegner und selbst viele der eigenen Parteifreunde so einig, wenn es um die Beurteilung eines Politikers ging.

Daran hat sich über die Jahre hinweg nichts geändert. Mit Blick auf die aktuelle Lage der SPD-Führung lohnt es sich zum Beispiel, einige Äußerungen führender SPD-Vertreter zu Lafontaines Verhalten in der Partei nachzulesen:

- **„Das Verfahren ... ist allerdings merkwürdig und stößt auf erhebliche Bedenken ...“**
(Hans-Jochen Vogel, Abendpost-Nachtausgabe, 25. 2. 1987)
- **„Züge des Widerwärtigen“**
(Klaus Wettig, dpa, 23. 2. 1987)
- **„... wie Macchiavelli“**
(Heidemarie Wieczorek-Zeul, Spiegel, 26. 2. 1987)
- **„Das Verfahren ist für mich unerträglich ... So geht man nicht mit Menschen um.“**
(Hermann Heinemann, 25. 2. 1987)

All diese Zitate lesen sich wie aktuelle Kommentare zum Mannheimer Putsch gegen Rudolf Scharping. Sie sind aber bereits neun Jahre alt und auf einen anderen personalpolitischen Coup Lafontaines gemünzt: Damals setzte Lafontaine im SPD-Parteivorstand handstreichartig Hans-Ulrich Klose als Schatzmeister durch.

Immerhin: In einem ist sich Lafontaine in all den Jahren treu geblieben – in einem **„gerüttelten Maß an Skrupellosigkeit“**. So charakterisierte der Stern Lafontaine bereits 1990 (Stern, 1. 2. 1990). Schon damals attestierte der „Stern“ Lafontaine „Probleme mit der Seriosität“. Dieses Urteil hat dieselbe Zeitschrift erst kürzlich mit einem Verweis auf ein Zitat des „Spiegel“-Herausgebers Rudolf Augstein bestätigt:

„Auch wenn Rudolf Augsteins Urteil ‚Solide würde ihn niemand nennen, seriös auch nicht‘ etwas rüde sein mag – die Liste seiner Windungen und Wendungen ist so lang wie seine politische Laufbahn. (...) Nein, als politischer Seher oder unfehlbarer Politstrategie hat sich Oskar Lafontaine bisher gewiß nicht zu erkennen gegeben.“
(Stern, 23. 11. 1995)

Die „Westdeutsche Allgemeine“ (26. 1. 1996) bezeichnet Lafontaine als **„sprunghaft, unberechenbar: Nicht nur Vogel beklagte seine fehlende Zuverlässigkeit. Der «Napoleon von der Saar», ein Feinschmecker, geht spielerisch mit der Politik um“**.

Der Vorwurf der Unseriosität wird auch von heutigen und ehemaligen SPD-Mitgliedern immer wieder erhoben. Die Witwe von Willy Brandt etwa, Frau Seebacher-Brandt, fällt in einem Zeitungsgespräch das Urteil, **„Lafontaine habe «niedlich ausgedrückt», keinerlei Überzeugungen, keine Verlässlichkeit, der Mann sei eine Spielernatur, die heute so, morgen so rede.**

Der Coup von Mannheim sei in der SPD-Geschichte beispiellos: «Was ist das für eine Partei, die sich das gefallen läßt?»

(Rheinische Post, 11. 1. 1996)

Selbst Amts- und Mandatsträger der SPD sprechen Lafontaine die Verlässlichkeit ab:

● Klaudia Martini, derzeit Umweltministerin von Rheinland-Pfalz:
„Ich bedauere die Entscheidung gegen Rudolf Scharping, denn er wäre der Richtige gewesen für die zähe, disziplinierte Sacharbeit, die in den nächsten Jahren notwendig ist. Dazu ist Lafontaine nicht fähig, und das ist gefährlich, denn Politik ist keine Showveranstaltung. Mit Lafontaine fehlt die notwendige Verlässlichkeit in der Parteispitze.“

(Die Rheinpfalz, 17. 11. 1995)

● Reinhard Schultz MdB:
„Die öffentlichen Attitüden eines Renaissance-Papstes sollte Oskar Lafontaine schnell wieder ablegen ... Seit seinen bescheidenen Erfolgen als Kanzlerkandidat 1990 sind seine Leistungen für die SPD eher noch bescheidener geworden. Die Welt ist größer und komplexer als das Lilliput von der Größe eines westfälischen Landkreises, das Lafontaine als Ministerpräsident regiert.“

(Westdeutsche Allgemeine, 6. 7. 1995)

Auch Kreativität und Kooperationsbereitschaft von Oskar Lafontaine werden aus den eigenen Reihen in Frage gestellt:

● Saarlands Juso-Landesvorsitzender Heiko Maas MdL forderte im Mai 1995 eine Trennung von Lafontaines Ministerpräsidentenamt und Landesvorsitz. Die Saar-SPD sei zum „Oskar-Wahlverein“ verkommen: ***„Es kommen keine Ideen mehr aus der (Landes-)Partei.“***

(dpa, 30. 5. 1995)

● Theresia Riedmaier, rheinland-pfälzische Landtagsabgeordnete:
„Schädlich ist die Wahl Lafontaines auf jeden Fall für die Zusammenarbeit mit der Bundestagsfraktion.“

(Die Rheinpfalz, 17. 11. 1995)

Zum Vorwurf der Unseriosität und Unbeständigkeit paßt die Beobachtung, daß Lafontaine der gepflegte Müßiggang mehr zu liegen scheint als harte, konzentrierte Arbeit. „Die Woche“ berichtete am 9. 2. 1996 dazu folgendes:

„... nicht wenige Sozialdemokraten kolportierten plötzlich, daß die Vorurteile über Lafontaine – faul, sprunghaft, oft lustlos – doch stimmen, daß es keine Koketterie, sondern ernst gemeint sein könnte, wenn er in Sitzungen verkündet: *«Ihr wißt ja, daß ich nicht gerne arbeite.»*“

Viel gezeigt hat Lafontaine seit seiner Wahl zum SPD-Vorsitzenden jedenfalls noch nicht. Prompt mahnte der Hessische Rundfunk schon: *„Es wird ... Zeit für Lafontaine, endlich in die Gänge zu kommen ...“* (Hessischer Rundfunk, 31. 1. 1996)

5. „Honeckers Enkel“:

Lafontaine und die deutsche Einheit

Ein Kapitel für sich ist Lafontaines gebrochenes Verhältnis zur deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung Deutschlands war nie sein politisches Ziel, im Gegenteil. Dafür erfreute er sich über viele Jahre hinweg enger Kontakte zur SED-Führung und vor allem zu Erich Honecker.

Die SED-Führung setzte sogar große Hoffnungen in Lafontaine. In der ARD-Sendung „Report“ vom 27. 11. 1995 wurde über eine *„Herzlichkeit“* zwischen Lafontaine und der SED berichtet, die *„weit über das Normalmaß hinaus“* ging. Wörtlich hieß es in der Sendung weiter:

„In einem bisher unveröffentlichten Papier vom Februar 1987 aus dem SED-Parteiarchiv wird Lafontaine nicht nur als Enkel von Willy Brandt bezeichnet. Er sei, Zitat, ein ‚Doppelenkel‘, denn ... er sei auch in gewisser Weise ‚ein Enkel von Erich Honecker‘. Beide kämen hervorragend miteinander aus, und ‚es wäre ein Segen für beide Parteien und Staaten, wenn Erich Honecker noch lange Generalsekretär bleiben und Oskar Lafontaine neuer Parteivorsitzender werden würde.“

Es kann nicht verwundern, daß Honecker von seinem SPD-„Enkel“ angetan war. Lafontaine ließ keine Gelegenheit aus, in der Bundesrepublik Deutschland für zentrale Forderungen der SED zu werben. Die wichtigsten Beispiele:

- 1985 plädierte Lafontaine dafür, die Staatsbürgerschaft der DDR anzuerkennen: Seiner Ansicht nach müßte *„... man irgendwann in der Frage der Staatsbürgerschaft so entscheiden, daß man eben die Staatsbürgerschaft anerkennt“*.

(FAZ, 15. 11. 1985)

Dafür ertete Lafontaine heftige Kritik aus den eigenen Reihen. Christoph Zöpel, Mitglied des SPD-Landesvorstandes Nordrhein-Westfalen, kommentierte Lafontaines Position damals so:

„Oskars Spielerei mit der Staatsangehörigkeit ist nicht zu Ende gedacht und bietet Angriffsflächen – wie so vieles, was aus Saarbrücken kommt.“

(Welt, 29. 11. 1989)

- 1987 war sich Lafontaine mit dem SED-Politbüromitglied Joachim Herrmann darin einig, daß – so das Kommuniqué der Staatskanzlei in Saarbrücken – **„die Auflösung der Erfassungsstelle Salzgitter weitere Fortschritte in den Beziehungen beider Länder ermöglichen würde.“** (Reuter, 3. 6. 1987)

Zum 1. Januar 1988 strich das Saarland denn auch den Zuschuß für die Erfassungsstelle ersatzlos.

- Ebenfalls 1987 lobte Lafontaine ausdrücklich die Wirtschaftspolitik der DDR: **„Die DDR ... ist unter Erich Honecker ein wirtschaftlich leistungsfähiger ... Staat geworden.“**

(Spiegel, 24. 8. 1987)

Als sich 1989/90 die historische Chance der Wiedervereinigung bot, gehörte Lafontaine zu den Bremsern und Blockierern. Die Flüchtlinge aus der DDR betrachtete er mit Mißtrauen. Er schürte Ressentiments. Das Gefühl der Solidarität mit den Menschen in der DDR war ihm fremd, vielmehr warnte er, man sollte den Deutschen im Osten **„nicht den Zugriff auf die sozialen Sicherungssysteme der Bundesrepublik einräumen“.**

(Welt, 27. 11. 1989)

Im Dezember 1989 richtete er wütende Attacken gegen den Kurs von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl in Richtung deutsche Einheit. Die Vorstellung eines wiedervereinten Deutschlands im Rahmen der NATO kommentierte er mit den Worten: **„Welch ein historischer Schwachsinn!“**

1990 schließlich opponierte Lafontaine so massiv gegen den Staatsvertrag zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion – und damit gegen den entscheidenden Schritt zur deutschen Einheit –, daß er intern sogar mit der Rückgabe seiner Kanzlerkandidatur drohte. (nach: Frankfurter Rundschau, 21. 5. 1990, Spiegel, 21. 5. 1990)

Erst unter dem massiven Druck seiner eigenen Partei (Erhard Eppler: „**Da ist jemand größenwahnsinnig geworden!**“, Berliner Morgenpost, 22. 5. 1990) lenkte Lafontaine widerwillig ein.

Schon damals konnte also ein enger Schulterschuß zwischen Gysi und Lafontaine registriert werden. Kommentar der Süddeutschen Zeitung:

„Die Herren Lafontaine und Gysi sind sich zumindest darin einig, den Vereinigungsprozeß abzubremsen und aufzuhalten ...“
(SZ, 24./25. 3. 1990)

6. Handschlag: Lafontaine und die PDS

Bereits vor seiner Wahl zum Parteivorsitzenden hatte Oskar Lafontaine angekündigt, daß er sich mit dem Vorsitzenden der PDS-Gruppe im Deutschen Bundestag, Gregor Gysi, treffen wolle.

Sehr bald nach dem Mannheimer Parteitag kam dieses Treffen zustande. Lafontaine sprach als neugewählter SPD-Vorsitzender nicht etwa zuerst mit einem der Vorsitzenden der anderen demokratischen Parteien, sondern ausgerechnet mit dem Vertreter der SED-Fortsetzungspartei.

Das Signal, das Lafontaine damit setzen wollte – und auch setzte –, war klar: Die SPD ist koalitionspolitisch auf einen Linkskurs in Richtung PDS eingeschwenkt. Lafontaine hat als Ziel die „Mehrheit links von der Union“ propagiert – und schließt dabei die PDS ganz selbstverständlich mit ein.

Gezielt will Lafontaine die letzten Hemmschwellen in der SPD niederreißen, die dem offenen Koalieren mit einer undemokratischen Partei noch im Wege stehen. Von Anfang an hat er das „Magdeburger Modell“ – die enge Zusammenarbeit der rot-grünen Minderheitsregierung mit der PDS, eine De-facto-Koalition – befürwortet und mit herbeigeführt: **„Ich habe das Magdeburger Modell befürwortet ...“** (ZDF, Was nun, SPD?, 16. 11. 1995) Jetzt will er die Öffentlichkeit – und auch jene in seiner Partei, die noch mit Skrupeln behaftet sind – an den Gedanken von SPD-PDS-Koalitionen gewöhnen. Dazu wird die PDS systematisch aufgewertet, „hoffähig“ gemacht.

Lafontaines Kurs zeigt Folgen. Immer mehr SPD-Politiker sprechen sich offen für ein Zusammenwirken mit der PDS aus. Die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis zum Beispiel erklärte:

„Wir müssen den Bundeskanzler richtig jagen. Mit seiner knappen Mehrheit muß er auch mal zittern um seine Macht. Von mir aus kann man für eine vernünftige Sache, zum Beispiel für das Bafög, auch mal mit der PDS stimmen.“ (Bild am Sonntag, 17. 9. 1995)

In Thüringen wurde der SPD-Landesvorsitzende Schuchardt aus dem Amt gedrängt, weil er zu große Vorbehalte gegenüber einer Zusammenarbeit mit der PDS äußerte. Sein Nachfolger wurde Richard Dewes, der sich durch PDS-freundliche Bemerkungen empfohlen hatte:

„Ich bin der Auffassung, daß dieses Modell nicht einmalig bleiben sollte. Wir müssen uns die Option offenhalten, irgendwann auch mit der PDS zusammen für Thüringen Politik gestalten zu können.“ (Der Spiegel, 6. 11. 1995)

Lafontaines Anbiederung an die PDS stößt aber auch bei vielen in der eigenen Partei auf Unverständnis und Ablehnung. Scharfe Kritik äußern zum Beispiel viele ostdeutsche Sozialdemokraten. Angelika Barbe, bis zum Mannheimer Parteitag SPD-Vorstandsmitglied, nannte die PDS die „**Partei der Mauertoten**“ (Süddeutsche Zeitung, 15. 11. 1995), der Leipziger Bundestagsabgeordnete Gunter Weißgerber bezeichnete das Treffen Lafontaines mit Gysi im Vorfeld als „**geschmacklos**“ (Frankfurter Rundschau, 17. 11. 1995) Markus Meckel MdB grenzt sich klar von Lafontaines Kurs gegenüber der PDS ab:

„Man könnte es sehr scharf formulieren, daß damit der Versuch gemacht wird, das, was wir mit der Gründung der SDP damals gemacht haben, rückgängig zu machen.“ (ARD, Kontraste, 23. 11. 1995)

Der letzte DDR-Außenminister findet scharfe Worte für Lafontaines Position: „**Die Anbandelung mit der PDS ist der Weg zum totalen Abgang, läßt uns zumindest im Westen die Mitte verlieren. Eine Volkspartei, die die Mitte verliert, ist nicht mehr mehrheitsfähig.**“ (Tagesspiegel, 6. 12. 1995) Auch SDP-Gründungsmitglied Stephan Hilsberg MdB schließt sich der deutlichen Kritik an:

„Jedes Gerede um die Koalition oder Zusammenarbeit mit der PDS ist ein Schlag ins Gesicht derer, für die die Freiheit etwas wert ist, und was jetzt geschieht, geschieht vor allen Dingen wieder im Interesse einer westdeutschen Elite, die nichts anderes will, als zur Macht kommen.“ (ARD, Kontraste, 23. 11. 1995)

Doch nicht nur im Osten, auch im Westen stößt Lafontaines PDS-Kurs auf Ablehnung. In einem Interview mit dem Kölner Express lehnte der SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Rappe jegliche Zusammenarbeit mit der PDS ab:

„Es geht um die Kernfrage, ob man sich mit der PDS auf eine tiefere Kontaktebene begibt. Dafür habe ich kein Verständnis. Für mich steht klipp und klar fest: Mit Kommunisten nicht. (...) Das politische Konzept, das einige des Parteivorstands und damit auch der neue SPD-Chef offenbar vertreten, halte ich in diesem Punkt für falsch und gefährlich für angestrebte Mehrheiten. Die SPD verliert strukturell nur dabei. Mit mir ist das nicht zu machen.“

(Kölner Express, 30. 11. 1995)

Kritik erntete Lafontaine auch von den Medien. Am 29. 11. 1995 kommentierte der Sender Freies Berlin das Treffen Gregor Gysi mit Oskar Lafontaine:

„Lafontaine weiß natürlich, daß die Begegnung alles andere als normal war: Sie setzte den Grundstein für die Etablierung der PDS als möglichen Verbündeten bei Abstimmungen im Bundestag. Und sie markiert den Beginn einer Annäherung der demokratischen Partei SPD an die sich demokratisch gebende SED-Nachfolgepartei PDS (...). Eines Tages wird sich das Verhältnis zwischen SPD und PDS in der Tat normalisiert haben, was den Sozialdemokraten letztlich nicht bekommen dürfte ... Es wird sich zeigen, ob der Machtmensch Lafontaine diesmal nicht danebengegriffen hat. Gysi darf sich freuen: Er und seine PDS sind vom SPD-Vorsitzenden aufgewertet worden.“

Der Bonner General-Anzeiger (20. 11. 1995) faßte das Spitzentreffen mit den Worten **„Eine Partei biedert sich an“** zusammen. Das Treffen Lafontaine – Gysi diene der Vorbereitung zukünftiger Zusammenarbeit:

„Der Boden soll dafür bereitet werden, daß das Magdeburger Modell Schule macht und ausgebaut wird: erst Gespräche, dann Duldung, später Koalition. Man kennt das.“ (General-Anzeiger, 20. 11. 1995)

„Die Welt“ sieht in der Annäherung der SPD an die SED-Fortsetzungspartei einen **„historischen Irrlauf“** (1. 12. 1995):

„Es ist eine Mißachtung der eigenen Geschichte, ein Verlust an Scham und Stolz – um des bloßen, kurzfristigen Machterwerbs willen. Es ist ein Stück Selbstaufgabe, geeignet, der Demokratie in

Deutschland tiefen Schaden zuzufügen, Schaden vergleichbar nur dem, den es bedeutet hätte, wenn die Union einst die NPD und die Republikaner nicht in die Bedeutungslosigkeit niedergekämpft, sondern mit ihnen koalitiert hätte, um die Kanzlerschaft Kiesingers oder Kohls zu sichern.“